

# mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**  
FÜR ENTSCHEIDER IN  
WIRTSCHAFT UND POLITIK

05  
2021

OKTOBER 2021  
WWW.MIT-BUND.DE  
ISSN 1865-8873



BUNDESTAGSWAHL

## Das sind die neuen MIT-Abgeordneten

DÄNEMARK ALS VORBILD  
Dienstpflicht für  
Langzeitarbeitslose?

INTERVIEW MIT HANS-JOACHIM WATZKE

„Wir brauchen eine Agenda der Fleißigen“



# OHNE  
INDUSTRIE KEIN  
WOHLSTAND

**Ast. Absägen.  
Ihr wisst schon.**

eine Kampagne von

**GESAMT**METALL

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

# So bleiben wir Volkspartei

*Liebe Lesenden und Leser,*



wenige Wochen nach einer der schlimmsten Niederlagen, die wir bei einer Bundestagswahl als Union jemals einstecken mussten, ist die Stimmung in unserer Partei seltsam angespannt. Alle wissen, dass etwas passieren muss. Alle wissen, dass es um die Frage geht, ob die CDU ihren Weg nach unten fortsetzt oder die Wende nach oben schafft. Es geht um nicht weniger als die Zukunft der CDU als Volkspartei. Um unsere Partei jetzt wiederzubeleben, müssen wir fünf Punkte beherrsigen.

## **Erstens: Wir müssen als Partei Charakter zeigen!**

Die Union hat sich in den letzten Monaten als zerrissen dargestellt. Zunehmend hatte man das Gefühl, dass der politische Gegner nicht bei anderen Parteien, sondern in den eigenen Reihen sitzt. Natürlich gibt es Meinungsunterschiede in einer so großen Parteienfamilie. Und diese muss es auch geben, damit wir am Ende Lösungen präsentieren können, die weite Teile unserer Gesellschaft ansprechen. Solche Lösungen müssen hart erarbeitet werden. Das aber geht nur, wenn wir uns mit Anstand und Respekt begegnen. Nicht nur bei Menschen erkennt man den wahren Charakter in schlechten Zeiten, sondern auch bei Parteien.

## **Zweitens: Wir dürfen uns nicht selbst überfordern!**

Wir werden uns inhaltlich einem längeren Aufarbeitungsprozess unterziehen müssen. Wir haben fraglos mit dem christlichen Menschenbild und

der Sozialen Marktwirtschaft das richtige Wertefundament. Aber viele konkrete Positionen, die daraus erwachsen, müssen neu erarbeitet werden. Das ist kein Prozess von Tagen, Wochen oder Monaten. Dieser Prozess wird länger dauern, vielleicht sogar ein bis zwei Jahre. Aber wir sollten uns diese Zeit unbedingt nehmen, um die Partei nicht zu überfordern.

## **Drittens: Wir müssen wieder Mitglieder-Partei werden!**

Unsere Partei befindet sich in einer so kritischen, ja existenziellen Phase, dass die Einbindung unserer Basis zwingend ist. Das gilt insbesondere für die Wahl des kommenden CDU-Vorsitzenden. Es gibt zweifelsohne auch gute Gegenargumente. Aber in Zeiten wie diesen führt meines Erachtens an einer Mitgliederbefragung kein Weg vorbei. Es wäre das richtige Signal zur richtigen Zeit.

## **Viertens: Wir müssen wieder Programm-Partei werden!**

Das funktioniert aber nur, wenn wir eine neue Debatten-Kultur zulassen. Entscheidungen, die nicht nur die Zukunft unseres Landes, sondern auch die DNA unserer Partei berühren, müssen künftig wieder in der Partei diskutiert werden. Beispiel Wehrpflicht: Hier haben wir vor Jahren mit der Aussetzung eine Kehrtwende vollzogen. Sachlich mag diese berechtigt gewesen sein, aber warum wurde nicht auf einem Parteitag darüber diskutiert? Warum hat man nicht die Chance genutzt, verschiedene Sicht-

weisen und neue Ideen einzubringen? Vielleicht hätten wir dann heute statt der Wehrpflicht ein Gesellschaftsjahr.

## **Fünftens: Wir können stolz auf unsere Partei sein!**

Natürlich ist in diesen Tagen Demut gefragt. Aber es gibt keinen Grund, in Sack und Asche zu gehen. Keine andere Partei hat unser Land so stark geprägt wie die Union. Übrigens zum Teil gegen große Widerstände. Ludwig Erhard hat beispielsweise die Kartellgesetzgebung gegen die Interessen der Wirtschaft durchgedrückt. Auch die Westbindung, Nachrüstung oder die Wiedervereinigung hat die Union trotz vieler Proteste durchgesetzt. Jedes Mal hatte die Union einen inneren Kompass, der ihr Stärke und Mut zum Durchhalten gegeben hat. Auf diese Tugenden müssen wir uns wieder besinnen.

Die MIT ist jedenfalls dazu bereit, an diesem Erneuerungsprozess tatkräftig mitzuarbeiten. Wir wissen um den Schatz, der weiterhin in unserer Parteienfamilie schlummert. Lassen Sie ihn uns gemeinsam heben! Denn in einem bin ich mir sicher: Der Zeitpunkt wird schneller kommen als viele denken, an dem die Union wieder dringend benötigt wird. Als stabilisierende, integrierende und antreibende Kraft.

Herzliche Grüße

*Carsten Linnemann*

Carsten Linnemann  
MIT-Bundesvorsitzender

## Impressum

### Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin  
E-Mail: redaktion@mit-bund.de  
www.mit-bund.de

### Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

### Chef vom Dienst:

Hubertus Struck

### Redaktion:

Micha Knodt  
Richard Praetorius

### Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)  
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach  
Telefon: 02226 802-213  
Telefax: 02226 802-222  
E-Mail: verlag@ubgnet.de  
www.ubgnet.de  
Geschäftsführer: Jürgen von Meer  
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

### Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

### Titelfotos (v. l. n. r.):

Privat, Fabian Beckmann, LOCHER  
Fotodesign & Manufaktur, Jürgen  
Weisheitinger, Claudia Seitz, Tobias  
Koch, Ecki Raff, Frank Grätz, Björn Lülff,  
Laurence Chaperon, Henning Schef-  
fen, Annette Koroll, Karlis Behrens/  
CDU Bremen, Ralf Lienert, Schadewald  
Fotografie Wittmund, Privat, Mike  
Henning, Tobias Koch

### Druckauflage:

26 000 Exemplare

### Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI  
Verlagsvertretung Getz  
Telefon: 02205 86179  
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII  
Braun Medien GmbH  
Telefon: 0221 7881443  
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck  
und Verwendung nur mit Genehmigung.  
© Mittelstands- und Wirtschafts-  
union (MIT). Das Mittelstandsmagazin  
erscheint sechsmal jährlich. Für Mit-  
glieder der MIT ist der Bezug des Mit-  
standsmagazins im Mitgliedsbeitrag  
enthalten.



15

## MIT:EDITORIAL

**So bleiben wir Volkspartei** 3  
von Carsten Linnemann

## MIT:KOLUMNE

**Unterlassene Hilfeleistung  
für jüngere Generationen** 8

Von Birgit Marschall

Es könne nicht sein, dass gewonnene  
Lebenszeit weiterhin zu 100 Prozent  
von den immer weniger werdenden  
Rentenbeitragszahlern alimentiert  
wird, meint unsere Kolumnistin.

## MIT:TITEL

Bundestagswahl 2021  
**Das sind die neuen MIT-  
Abgeordneten im Bundestag** 10

Auch wenn die CDU/CSU-Fraktion  
geschrumpft ist: Die MIT bleibt mit 127  
von 196 Unions-Abgeordneten ein  
starker Teil des neuen Bundestages.

Fördern und Fordern

**Dienstplicht für Langzeit-  
arbeitslose?** 15

Die Regierung Dänemarks will eine  
härtere Gangart gegenüber Arbeits-  
unwilligen einlegen. Ist das ein Modell  
für Deutschland?

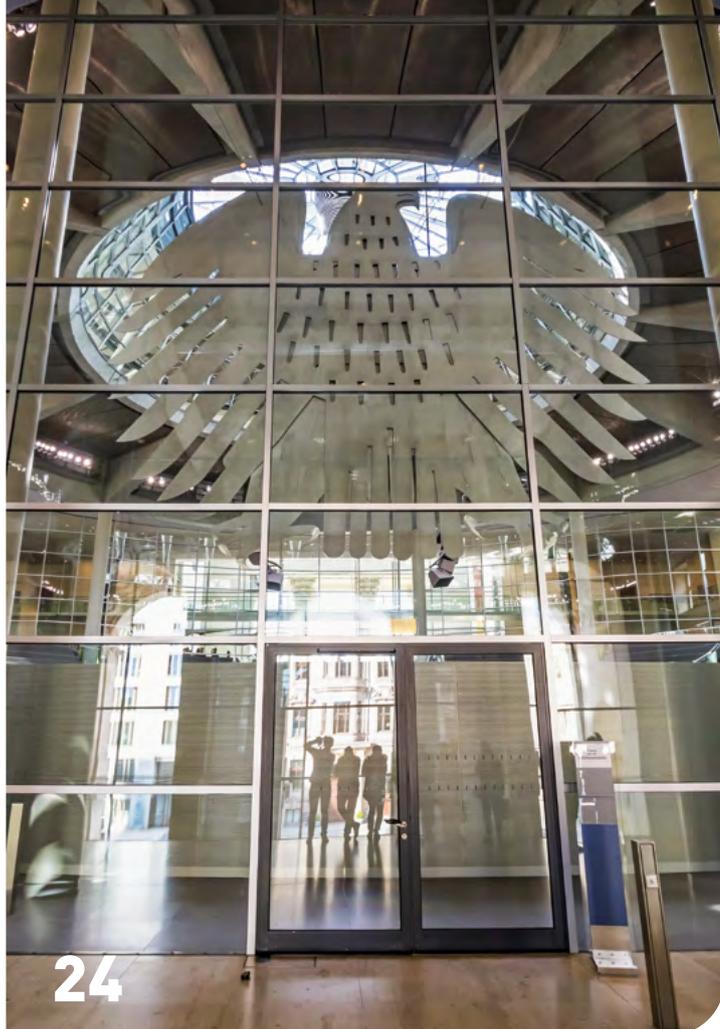
## MIT:INTERVIEW

Hans-Joachim Watzke im Interview  
**„Wir brauchen eine Agenda  
der Fleißigen“** 20

Der BVB-Geschäftsführer spricht  
im Interview über die neuen Heraus-  
forderungen nach Corona, seine Wahl-  
kampfhilfe für Armin Laschet und die  
Perspektiven für die CDU.

20





24

**MIT:ERKLÄRT**

Koalitionsverhandlungen

**Wie entsteht eine Regierung?**

24

Was Sondierungen sind, wie Koalitionsverhandlungen verlaufen und wie genau eine Regierung gebildet wird, verrät das MIT:ERKLÄRT.

**MIT:DEBATTE**

Pro &amp; Contra

**Sollten die Mitglieder über den nächsten CDU-Vorsitzenden entscheiden?**

26

Johannes Steiniger und Thomas Jarzombek diskutieren.

**MIT:FAKTEN**

6, 7, 9

Eine Vermögensteuer würde die Konjunktur ausbremsen, die Pensionen belasten die Staatskassen und Elektroautos verschlingen eine Menge Mineralressourcen.

**MIT:INSIDE**

EU-Check	28
Klausurtagung des MIT-Bundesvorstands	30
Beschlüsse der Vorstandsklausur	32
Neumitglieder	34
Mitgliederstatistik	35



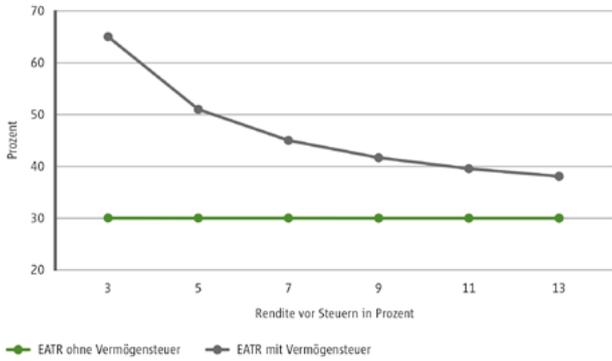
30



# Vermögensteuer bremst die Konjunktur

Eine Vermögensteuer würde besonders Unternehmen mit krisen- oder branchenbedingt geringeren Renditen belasten: Bei realistischen Annahmen zu Steuersatz, Unternehmensrendite und Abschreibungsmöglichkeiten würde sich für sie der effektive Steuersatz so verändern, dass dies einer Verdoppelung der Ertragsteuer gleichkäme. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Ifo Instituts in München. Weil die Steuer zudem aufwändig zu erheben und teilweise zu umgehen sein würde, bliebe ihr Aufkommen weit hinter den Erwartungen zurück. „Eine Vermögensteuer wirkt krisenverstärkend und nimmt keine Rücksicht auf die Liquiditätslage der Unternehmen. Die Steuer mindert Anreize zu Investitionen und Kapitalbildung. Das Bruttoinlandsprodukt, so zeigt eine Simulationsrechnung, wäre nach acht Jahren mit Vermögensteuer um bis zu 6,2 Prozent niedriger als ohne Vermögensteuer“, sagt Ifo-Präsident Clemens Fuest. Die Studie widerlege auch die These, dass Vermögen in Deutschland zunehmend ungleich verteilt seien. „Seit 2007 ist die Vermögensungleichheit nach vorliegenden Daten konstant. Die relative Ungleichheit ist in internationalen Vergleichen oft überzeichnet, wenn in der Berechnung das Vermögen in Form von Renten- und Pensionsansprüchen ausgeblendet wird“, so Fuest. Denn das spiele in Deutschland eine größere Rolle als in anderen Ländern.

Effektive Steuerbelastung (EATR) und Profitabilität mit und ohne Vermögensteuer

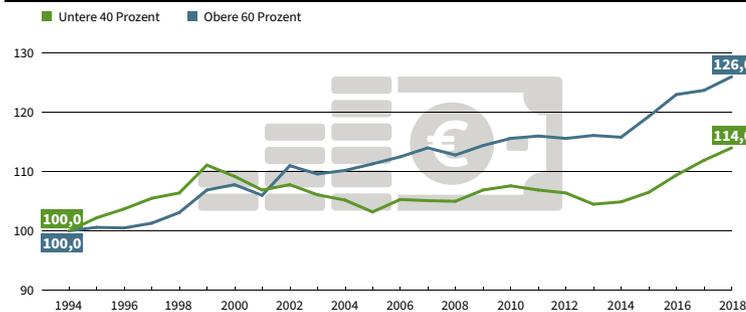


Quelle: Eigene Berechnungen. © Stiftung Familienunternehmen

## Mehr Wohlstand für alle

### Einkommensentwicklung: Zuletzt profitierten wieder alle

Entwicklung der durchschnittlichen realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen in Preisen von 2015 inklusive geschätzter Mietvorteile, 1994=100



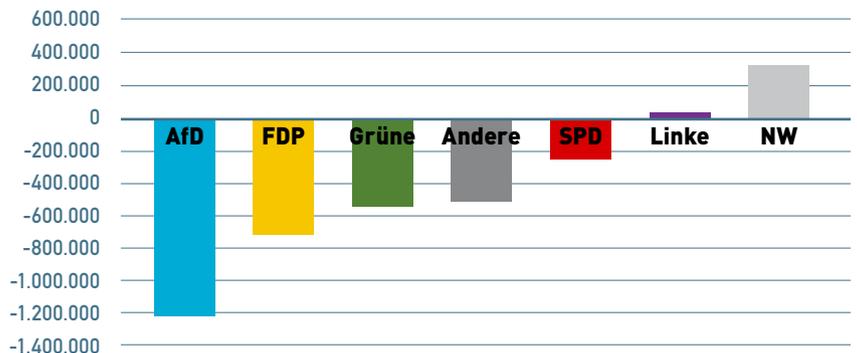
Bedarfsgewichtung: berücksichtigt, dass ein Mehrpersonenhaushalt Kostenvorteile hat, weil Gebrauchsgüter wie Waschmaschinen gemeinsam angeschafft und genutzt werden können, und dass Kinder weniger Geld benötigen als Erwachsene  
Mietvorteil: Bei jenen Personen, die in einer eigenen Immobilie leben, wird der Mietgegenwert der Wohnung als zusätzliches Einkommen angerechnet  
2002, 2013: In diesen Jahren gibt es Zeitreihenbrüche, da neue Befragungsgruppen - zum Beispiel Hocheinkommensbezieher - ergänzt wurden  
Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut für deutsche Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / IwD

iwD

Die Einkommensschere hat sich in den vergangenen Jahren nicht weiter geöffnet. Vielmehr haben sich die niedrigeren und höheren Einkommen in Deutschland weitgehend parallel zueinander positiv entwickelt. Real haben alle Einkommensgruppen mehr Geld zur Verfügung als früher. Das ist das Ergebnis des Verteilungsreports des Instituts der deutschen Wirtschaft. Die Studie zeigt, dass im Jahr 2019 die einkommensreichsten 10 Prozent der Haushalte 51 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer zahlten. 1998 war es ein Prozentpunkt weniger. Auf die einkommensärmeren 50 Prozent der Haushalte entfielen rund 7 Prozent der gesamten Einkommensteuerzahlungen. Insgesamt legten die Arbeitseinkommen zwischen 1991 und 2018 um durchschnittlich 76 Prozent (inflationbereinigt 12 Prozent) zu. Generell sind die Einkommen von Teilzeitkräften jedoch ungleicher verteilt als die von Vollzeit-Erwerbstätigen. Ihr Anteil nahm zuletzt zu.

## Union verliert Wähler an AfD und FDP

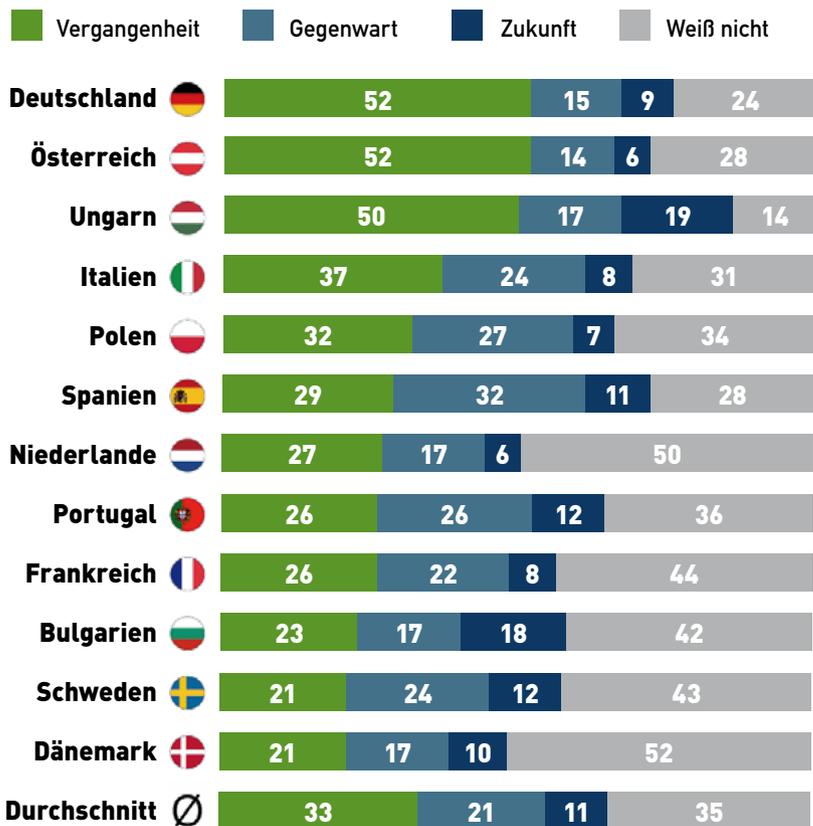
Die Wähler von CDU und CSU sind im längerfristigen Verlauf vor allem in Richtung AfD und FDP abgewandert. Seit der Bundestagswahl 2009 verlor die Union im Saldo rund 1,2 Millionen Stimmen an die AfD. 800.000 Stimmen gingen an die FDP. Unter dem Strich verlor die Union „lediglich“ 700.000 Stimmen an Rot-Grün. Stimmt 2009 noch 14,6 Millionen Wähler für CDU und CSU, waren es in diesem Jahr noch 11,1 Millionen.



Quellen: Bundeswahlleiter, Landeswahlleiter

# Sinkt Deutschlands Stern?

Anteil der Befragten, die denken, Deutschlands „goldenes Zeitalter“ ist Vergangenheit/gegenwärtig/steht bevor (in %)



Basis: 1.000-3.110 Befragte in 12 EU-Ländern; Mai - Juni 2021  
 Quelle: European Council on Foreign Relations

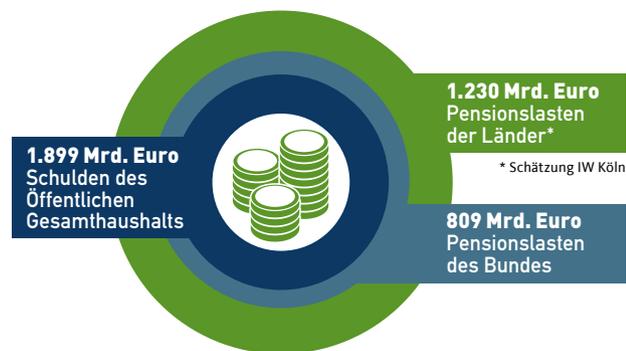


Ein Großteil der EU-Partnerländer sieht das goldene Zeitalter für Deutschland ans Ende gekommen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des European Council on Foreign Relations in Deutschland und elf weiteren EU-Staaten. Demnach denkt rund ein Drittel der Befragten, dass Machtposition und Einfluss Deutschlands in Zukunft schwinden werden. Besonders pessimistisch sind dabei die Deutschen selbst (52 Prozent), die Österreicher (52 Prozent) und die Ungarn (50 Prozent). Eine positive Entwicklung in der Zukunft trauen Deutschland nur die wenigsten Befragten zu. Den größten Anteil dahingehend weisen Ungarn (19 Prozent) und Bulgarien (18 Prozent) auf.

## Pensionszusagen belasten öffentliche Haushalte

Der deutsche Staat ist derzeit mit 2,25 Billionen Euro verschuldet. Ende 2019 waren es noch 1,9 Billionen Euro. Für eine Gesamtübersicht über die Staatsschulden müssen zu dieser expliziten Schuldenlast noch die verdeckten Schulden in Form von Pensionszusagen an Bundes- und Landesbeamte hinzugerechnet werden. Dann verdoppeln sich die Staatsschulden auf insgesamt rund 4 Billionen Euro (Stand 2019), wie die Grafik zeigt. Da die Länder durch ihre Zuständigkeit für Polizei und Schulen besonders viele Beamte haben, entfallen von der Summe der verdeckten Staatsschulden allein gut 1,2 Billionen Euro auf sie. Experten des IW Köln rechnen mit steigenden Pensionsausgaben, weil die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Die Dynamik dieser Ausgabenentwicklung könnte andere Investitionen verdrängen und zu höheren Steuern oder Verstößen gegen die Schuldenbremse führen. Die heute implizite Schuld würde sich dann im Laufe des Jahrzehnts in eine deutlich höhere explizite Schuld verwandeln.

Schulden des Öffentl. Gesamthaushaltes und Pensionslasten von Bund und Ländern 2019



### „Angezählt“



Mehr gültige Stimmen als Wahlberechtigte, keine Alterskontrolle bei Minderjährigen, geschätzte Ergebnisse: Die Stadt Berlin hat ihren Ruf als Chaos-Stadt am Wahlsonntag bestätigt. In 207 der 2257 Berliner Wahllokale wurde von Problemen berichtet. In Charlottenburg-Wilmersdorf wurden bei der Bezirksverordnetenwahl für 22 Wahlbezirke exakt dieselben Stimmanteile für alle Parteien genannt. Offensichtlich wurden diese schlichtweg geschätzt. In drei Reinickendorfer Briefwahllokalen gab es auffällig viele ungültige Stimmen, einmal lag die Wahlbeteiligung bei 150 Prozent. Weil in manchen Lokalen Stimmzettel fehlten, wurde teils noch um 19:30 (statt bis 18 Uhr) gewählt. Systematisch sollen auch Stimmzettel an unter 18-Jährige ausgegeben worden sein.

# Unterlassene Hilfeleistung für jüngere Generationen

Von Birgit Marschall



**Birgit Marschall** ist Korrespondentin der Rheinischen Post in Berlin. Zuvor arbeitete die Diplom-Volkswirtin unter anderem für die Wirtschaftswoche und die Financial Times Deutschland. Ihre Schwerpunkte sind die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

**D**er Wahlerfolg von Olaf Scholz hat auch damit zu tun, dass er in der Rentenpolitik viel versprochen hat. Der SPD-Kanzlerkandidat stellte als einziger der drei Kanzlerkandidaten im Wahlkampf seine „Rentengarantie“ heraus: Er werde das Rentenniveau stabil bei 48 Prozent des Durchschnittseinkommens halten, versprach der Bundesfinanzminister. Das beruhigte viele ältere Wähler, auf die es bei dieser Wahl besonders ankam. 60 Prozent von ihnen sind bereits über 50 Jahre alt, sie sind schon Rentner oder sie bewegen sich auf das Rentenalter zu.

Das war geschickt vom potenziellen Bundeskanzler, denn bis zum Ende der Legislaturperiode könnte es ihm tatsächlich noch gelingen, mit vergleichsweise einfachen Mitteln das Rentenniveau auf dem gegenwärtigen Stand zu halten. Denn erst nach 2025, so die Bevölkerungsprognosen, werden sich Zuwachs der Rentnerzahl und Rückgang der Beitragszahler so dramatisch in der Rentenversicherung auswirken, dass eine größere Reform unausweichlich werden wird. Bis 2025 also könnte Scholz die Augen vor dem Reformbedarf weiter verschließen und aus dem Bundeshaushalt noch mehr Steuermilliarden in die Rentenkasse pumpen, um ihre finanzielle Schieflage auszugleichen.

Was politisch geschickt sein mag, ist aber gesamtgesellschaftlich gesehen unfair und ökonomisch gefährlich. Würde die nächste Regierung eine

Rentenreform auslassen, würde sie nachkommenden Generationen eine noch größere und weiter steigende Finanzlast aufbürden. Dabei sind die Jüngeren ohnehin schon gebeutelt auch in anderer Hinsicht: Sie werden mit den Folgen des Klimawandels stärker belastet sein, ihnen obliegt das Abtragen der Corona-Schulden, sie müssen sich mit den Folgen der Alterung auch in Pflege- und Krankenversicherung herumschlagen.

Alle namhaften Rentenexperten raten der neuen Regierung dringend, eine große Rentenreform zu wagen. Die Rezepte dafür liegen auf dem Tisch, schließlich gab es mehrere Rentenkommisionen. Alle kommen zu dem Schluss, dass die steigende Lebenserwartung bei der Bestimmung

des künftigen Rentenalters eine Rolle spielen muss. Es kann nicht sein, dass gewonnene Lebenszeit weiterhin zu 100 Prozent von den immer weniger werdenden Rentenbeitragszahlern alimentiert wird.

Fest steht bisher nur die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre bis Ende 2030. Gegenüber jüngeren Generationen wäre es nur gerecht, wenn es auch danach – unter Berücksichtigung von Härtefällen – weiter anstiege, schließlich nimmt auch die Lebenserwartung der Menschen dauernd weiter zu. Dass alle Arbeitnehmer wirklich länger arbeiten, ist ohnehin eine Illusion: das durchschnittliche Rentenalter ist zwar gestiegen, liegt heute aber erst bei rund 64 Jahren, die Regelaltersgrenze aber fast 66 Jahren. Viele nutzen die Möglichkeiten eines vorzeitigen Rentenbeginns. Die 2014 eingeführte, falsche und teure Rente mit 63 sprengte alle Erwartungen und erfreut sich bis heute höchster Beliebtheit.

Wenn Politik ihre Aufgabe nicht erfüllt, sieht sich oft das Bundesverfassungsgericht genötigt, die Lücke zu füllen. Beim Klimaschutz zwangen sie die Bundesregierung, im Sinne künftiger Generationen nachzubessern. Gut möglich und auch willkommen wäre, wenn die Richter die unterlassene Hilfeleistung der Politik auch bei den Renten korrigierten. ●

*Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.*

## Wechselwähler haben Wahl entschieden

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Keiner / w.n.
Altersversorgung	20 30	36 32	6 2	7 3	7 10	4 3	1	17 18
Familienpolitik und Kinderbetreuung	18 27	32 38	6 3	4 3	7 10	19 7	1	11 10
angemessene Löhne	16 22	44 41	4 2	7 5	9 14	5 2	1	11 13
soziale Gerechtigkeit	15 23	40 38	7 4	6 4	11 16	7 4	2	10 10
Umwelt / Klima	12 18	13 10	5 1	6 2	2 2	48 56	1	10 9
wichtigste Aufgaben in Deutschland lösen	26 49	28 19	6 4	6 3	3 3	10 4	1	17 15
beste Antworten auf die Fragen der Zukunft	14	18	6	9	3	20	1	25

Nach Ansicht der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat vor allem die Wechselwahlbereitschaft die Wahl entschieden. „Die Wechselwahl vollzieht sich längst nicht mehr innerhalb der politischen Lager wie Schwarz-Gelb oder Rot-Grün, sondern geht kreuz und quer durch die politischen Anhängerschaften“, analysiert die KAS. Vor der Wahl seien drei Viertel der Wähler-

schaften wechselbereit gewesen. Es gebe zudem immer weniger Stammwähler. Nach KAS-Daten haben 23 Prozent der Wahlberechtigten Sympathien für drei Parteien, neun Prozent sogar für vier Parteien. Dies stelle gerade Wahlkampagnen vor immer größere Probleme, da unvorhersehbare Ereignisse und Fehlritte der Kandidaten das Meinungsklima veränderten.

Weiterhin führt die KAS an, dass die Union sowohl in den wahlentscheidenden Themen als auch in ihren Kompetenzen eingebüßt habe. Das gelte vor allem für die allgemeine Problemlösungskompetenz oder Zukunftskompetenz, die sich „recht gut eignet, ein Wahlergebnis vorherzusehen“, schreiben die KAS-Autoren in der Wahlanalyse.



### Doppelmitgliedschaft

Wer beispielsweise als Mitglied einer Landesregierung in den Deutschen Bundestag gewählt wird, muss sich zwischen Ministeramt und Bundestagsmandat entscheiden. Mit der Neufassung der Geschäftsordnung des Bundesrats von 1966 wurde geregelt, dass die Mitglieder des Bundesrats nicht gleichzeitig dem Bundestag angehören dürfen. Da jedes Mitglied einer Landesregierung mindestens als Stellvertreter dem Bundesrat angehört, lässt sich die Regelung auf die Landesminister und Ministerpräsidenten übertragen. Die gleichzeitige Mitgliedschaft im Bundestag und einem Landtag ist hingegen zulässig, wenngleich sie selten vorkommt.

Befürworter von Elektroautos führen häufig die Vorzüge für die Umwelt als Argument an. Zwar sind die batteriebetriebenen Fahrzeuge hinsichtlich ihres CO<sub>2</sub>-Ausstoßes anderen PKW überlegen. Allerdings verursachen Elektrowagen an anderer Stelle ein Problem. Ihre Herstellung verbraucht große Mengen verschiedener Mineralressourcen. Während bei der Produktion eines Benziners und Diesels durchschnittlich nur etwa 22 Kilogramm Kupfer und 11 Kilogramm Mangan benötigt werden, schlucken Elektroautos schon bei diesen beiden Elementen 53 Kilo Kupfer und 25 Kilo Mangan. Hinzu kommen je nach Modell neun bis 66 Kilogramm Lithium, Kobalt, Nickel und Graphit, die bei Ottomotoren wegfallen. Die Bodenschätze sind nicht grenzenlos verfügbar.



BUNDESTAGSWAHL 2021

# Das sind die neuen MIT-Abgeordneten im Bundestag

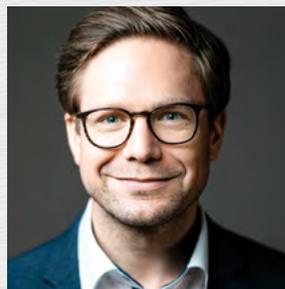
Nach der Bundestagswahl muss sich die CDU/CSU-Fraktion neu sortieren. Mit 196 Abgeordneten (zuvor 245) stellt sie nur noch die zweitstärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion ist allerdings weiterhin stark vertreten: 127 Abgeordnete, also knapp zwei Drittel, sind Mitglied der MIT.

MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann erzielte mit 47,9 Prozent in seinem Wahlkreis Paderborn das bundesweit drittbeste Erststimmenergebnis aller Direktkandidaten. Noch größere Unterstützung erfuhr unter den Unions-Kandidaten nur MIT-Mitglied Silvia Breher. Sie wurde im Wahlkreis Cloppenburg-Vechta mit 49,0 Prozent der Stimmen gewählt. Aus dem MIT-Präsidium schafften es erneut Jens Spahn, Friedrich Merz und Christian von Stetten über ihre Wahlkreise in den Bundestag. Jana Schimke und Patricia Lips wurden über die CDU-Landeslisten wiedergewählt. Ebenfalls wiedergewählt wurden die MIT-Vorstandsmitglieder Georg Kippels und Stephan Albani sowie die MIT-Kommissionsvorsitzenden Sebastian Brehm, Gitta Connemann, Stephan Pilsinger und Christoph Ploß. Ausgeschieden sind Marie-Luise Dött und MIT-Vize Matthias Heider, der nicht erneut kandidierte. Neu in den Bundestag schafften es 21 MIT-Mitglieder:

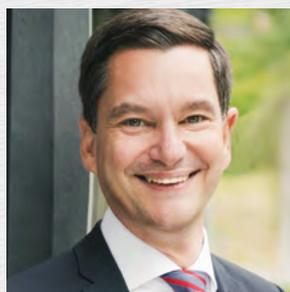
## Baden- Württemberg



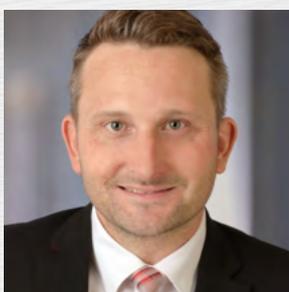
**Yannick Bury (31)**  
Volkswirt  
Wahlkreis Emmendingen –  
Lahr



**Fabian Gramling (34)**  
Bankkaufmann  
Wahlkreis Neckar-Zabers



**Klaus Mack (48)**  
Bürgermeister  
Wahlkreis Calw  
*„Ich setze mich für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein. Deshalb möchte ich unsere mittelständische Wirtschaft, die Landwirtschaft und den Tourismus fördern und mithelfen, dass der Ausbau des Glasfasernetzes noch schneller umgesetzt wird. Außerdem brauchen wir im ländlichen Raum schnelle Verbindungen auf Straße und Schiene in die Ballungsgebiete.“*



**Volker Mayer-Lay (40)**  
Rechtsanwalt, Mediator  
Wahlkreis Bodensee  
*„Als Bundestagsabgeordneter sehe ich es als wichtige Aufgabe an, wirtschaftlichen Aufschwung und den Schutz unserer Umwelt miteinander zu verbinden. Hier sollten wir weniger Zielkonflikte, sondern mögliche Synergie-Effekte sehen und fördern. Spiegelbildlich hierfür steht mein Wahlkreis Bodensee, der bedeutende wirtschaftliche Stärke besitzt, aber auch über das einzigartige Ökosystem Bodensee und eine sensible Naturlandschaft verfügt.“*



**Diana Stöcker (51)**  
Bürgermeisterin  
Wahlkreis Lörrach –  
Müllheim

## Bayern



**Martina Enghardt-Kopf (40)**  
Studiendirektorin  
Wahlkreis Schwandorf



**Mechthilde Wittmann (54)**  
Juristin  
Wahlkreis Oberallgäu

## Berlin



**Dr. Otilie Klein (45)**  
Abteilungsleiterin  
Landesliste  
*„Die CDU steht für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Finanz- und Wirtschaftspolitik. Neben Themen wie nachhaltige Finanzierung, die Digitalisierung der Finanzbranche und Startup-Finanzierung setze ich mich besonders für die Finanzbildung von Kindern und Jugendlichen ein. In einem Wahlkreis wie Berlin-Mitte, in dem jedes fünfte Einschulkind kein Deutsch spricht, kann MINT-Förderung einen entscheidenden Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit leisten.“*

## Bremen



**Thomas Röwekamp (55)**  
Rechtsanwalt, Notar  
Landesliste  
*„Mein wichtigstes Ziel ist es, die großen Herausforderungen der notwendigen Klimaschutzpolitik mit unseren wirtschaftlichen und industriellen Stärken vereinbar zu halten. Ich werde mich dafür einsetzen, dass dieses Ziel nicht mit Verboten, sondern mit Verstand erreicht wird. Wir dürfen weder unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit noch unsere wertvollen und innovativen Arbeitsplätze dabei verlieren.“*

## Hessen



**Dr. Stefan Heck (39)**  
Staatssekretär  
Landesliste



**Armin Schwarz (53)**  
MdL  
Landesliste

## Mecklenburg- Vorpommern



### Simone Borchardt (54)

Geschäftsbereichsleiterin Pflege  
Landesliste

*„Im Bundestag werde ich mich insbesondere für das Thema Gesundheit einsetzen. Als weitere Kernkompetenzen sehe ich die Handlungsfelder Wirtschaft und Arbeit. Ich werde mich stark machen für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und setze mich für eine Aufwertung der Handwerks- und Ausbildungsberufe ein. Strukturell sind unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen das Rückgrat unserer Wirtschaft. Diese gilt es zu unterstützen und zu stärken.“*

## Niedersachsen



### Anne Jansen (39)

Lehrerin  
Landesliste



### Tilman Kuban (34)

Unternehmensjurist  
Landesliste

*„Ich will, dass wir mit Mut in die Zukunft schauen und nicht den Angstmachern verfallen, dass wir Innovationsweltmeister bleiben und nicht Verbotsweltmeister werden und dass wir eine neue Debattenkultur entwickeln und weniger Moralkeulen schwingen. Das schafft den Zusammenhalt, den unsere Gesellschaft so dringend braucht – zwischen Alt und Jung, Stadt und Land und in unserem Europa.“*

## Nordrhein- Westfalen



### Michael Breilmann (39)

Rechtsanwalt  
Landesliste



### Friedrich Merz (66)

Rechtsanwalt  
Wahlkreis Hochsauerlandkreis



**Henning Rehbaum (48)**  
MdL, Dipl.-Betriebswirt (FH)  
Wahlkreis Warendorf



**Astrid Timmermann-Fechter (58)**  
Referentin  
Landesliste



**Dr. Klaus Wiener (59)**  
Volkswirt  
Wahlkreis Mettmann I  
*„Als Volkswirt möchte ich mich vor allem für die Themen Wirtschaft und Finanzen einsetzen. Wir müssen die Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen stärken. Hierzu zählen zum Beispiel eine international wettbewerbsfähige Besteuerung sowie eine effiziente Regulierung. Aber auch die Bekämpfung des Klimawandels liegt mir am Herzen. Nur müssen wir dies richtig machen, etwa indem wir Innovationen steuerlich fördern und einen weltweiten Ansatz verfolgen.“*

## Sachsen



**Dr. Markus Reichel (53)**  
Unternehmer/Dipl.-Mathematiker  
Wahlkreis Dresden I

*„Von besonderer Bedeutung wird sein, dass wir Umwelt- und Naturschutz mit mehr unternehmerischem Sachverstand angehen. Selbstverständlich benötigen wir einen engagierten, aktiven Klimaschutz. Der wird jedoch nur mit, und nicht gegen die Wirtschaft möglich sein. Ferner möchte ich mit dazu beitragen, dass die von vielen geforderte „Revolution“ unserer Verwaltung nun wirklich eintritt – die Digitalisierung bietet hier eine echte Chance.“*



**Dr. Christiane Schenderlein (40)**

MdL  
Landesliste

*„Als Abgeordnete aus dem ländlichen Raum möchte ich mich vor allem für seine Belange stark machen. Das bedeutet für mich eine konsequente Fortführung der Digitalisierung inklusive des notwendigen Ausbaus der Breitband- und Mobilinfrastruktur. Wir müssen auf unsere regionalen Wertschöpfungsketten setzen: keine zusätzlichen Belastungen - weder finanzieller noch bürokratischer Art - in den kommenden Jahren für unsere Unternehmen.“*



FÖRDERN UND FORDERN

# Dienstpflicht für Langzeitarbeitslose?

Die Regierung Dänemarks will eine härtere Gangart gegenüber Arbeitsunwilligen einlegen. Staatliche Leistungen sollen gekürzt, Sanktionen verschärft werden. Arbeitslose sollen verpflichtet werden, gemeinnützige Aufgaben zu übernehmen. Ist das auch ein Modell für Deutschland?

**D**er Vorstoß löste nicht nur in Dänemark, sondern auch in seinen Nachbarstaaten kontroverse Debatten aus: Die dänische Regierung will Einwanderern nur noch dann staatliche Hilfe zahlen, wenn sie arbeiten. „Wir wollen ein neues Arbeitsverständnis einführen, bei der die Menschen die Pflicht haben, einen Beitrag zu leisten und sich nützlich zu machen“, sagte Ministerpräsidentin Mette Frederiksen. „Sofern sie keine reguläre Arbeit finden, müssen sie für ihre Sozialhilfe arbeiten.“ Rechte und Pflichten müssten Hand in Hand gehen. „Wer morgens nicht erscheint, darf keine Unterstützung erhalten“, so die Regierungschefin.

Das klingt nach hartem bürgerlichem Kurs. Frederiksen ist jedoch Sozialdemokratin. Seit zwei Jahren führt sie eine Minderheitsregierung mit Beteiligung des „Roten Blocks“ aus Sozialisten, Sozialliberalen und Linksradikalen.

### Müll sammeln, Strand säubern

Das Reformpaket sieht unter anderem vor, dass Sozialhilfeempfänger als Gegenleistung 37 Stunden in der Woche arbeiten. Es gehe um Arbeitslose „mit Integrationsbedarf“, die vom Staat finanzielle Unterstützung bekommen. „Zu viele Jahre lang haben wir den Menschen einen schlechten Dienst erwiesen, indem wir nichts von ihnen verlangt haben“, sagte Frederiksen. Dabei verwies sie auf die niedrige Erwerbstätigenquote bei Frauen aus dem Nahen Osten, Nordafrika und der Türkei.

Beispiele für Beschäftigung könnten das Aufsammeln von Plastik und

**„Wer morgens nicht erscheint, darf keine Unterstützung erhalten.“**

Mette Frederiksen, dänische Ministerpräsidentin



Die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen will, dass im Wohlfahrtsstaat Dänemark mehr gearbeitet wird.

Zigarettenstummeln am Strand sein, ergänzte der sozialdemokratische Arbeitsminister Peter Hummelgaard. „Das Wichtigste ist, dass die Menschen aus ihren Häusern kommen.“ Dabei richtete er wie Frederiksen den Blick auf Zugewanderte aus anderen Kulturkreisen. „Viele nicht-westliche Frauen erleben, dass sie aufgrund der sozialen Kontrolle durch Ehepartner und Söhne das Haus nicht verlassen dürfen“, sagte Hummelgaard.

### Migranten und Akademiker im Fokus

In einer ersten Phase soll die Arbeitspflicht für diejenigen gelten, die seit drei bis vier Jahren staatliche Leistungen beziehen und nicht über ein bestimmtes Maß an Schulbildung und Dänisch-Kenntnissen verfügen. Die avisierten 37 Stunden sollen deshalb auch durch Sprachkurse und Praktika erreicht werden können.



Das Reformpaket enthält weitere Maßnahmen, die mehr Bürger in Arbeit bringen sollen. Frisch Ausgebildete sollen dazu gebracht werden, sich schneller Arbeit zu suchen. Ihr Arbeitslosengeld soll deutlich gesenkt werden. Frederiksen wies darauf hin, dass fast ein Viertel der Arbeitslosengeld-Empfänger Akademiker seien. „Studienabsolventen haben gerade eine gute Ausbildung erhalten. Die sollten sie auf dem Arbeitsmarkt anwenden und nicht in der Arbeitslosenschlange.“

**„Inzwischen wird mehr über die Abschaffung von Sanktionen bei Langzeitarbeitslosigkeit gesprochen als über ihre konsequente Anwendung.“**

Jana Schimke, MIT-Arbeitsmarktexpertin

#### Vorbild für Deutschland?

Auch deutsche Politiker unterstützen das Ansinnen. „Fördern und Fordern ist der richtige Ansatz, den wir auch in Deutschland weiter ausbauen müssen“, sagt Sven Schulze, MIT-Bundesvorstandsmitglied und neuer CDU-Wirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt. „Das gilt in erster Linie für Menschen, die Leistungen vom Staat erhalten und nicht bereit sind, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.“

Das sieht der CDU-Fraktionsvorsitzende in Rheinland-Pfalz, MIT-Mitglied Christian Baldauf, genauso: „Wer langjährig staatliche Transferleistungen bezieht, sollte zu einer Gegenleistung in Form gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden können.“ Dabei gehe es nicht um eine Sanktionierung, sondern vielmehr um Hilfe zur Wiedereingliederung. Je länger die Entwöhnung vom Arbeitsmarkt dauere, desto schwerer falle es den Betroffenen, in ein reguliertes Arbeitsleben zurückzukehren. „Wenn sich in unseren Gemeinden Rentner zusammenschließen, um Parkbänke zu reparieren, Spielplätze zu pflegen oder schlichtweg Müll zu sammeln, dann kann man das auch von Langzeitarbeitslosen verlangen“, so Baldauf.

Der Idee, von Arbeitslosen eine Gegenleistung zu verlangen, kann auch die Vorsitzende der MIT-Kommission für Arbeit und Soziales, Jana Schimke, etwas abgewinnen. „Langzeitarbeitslose wären näher am Arbeitsmarkt dran und könnten weiterhin die Vorteile sozialer Integrität erfahren. Das wiederum erhöht die Chancen auf eine Anschlussbeschäftigung“, sagt die CDU-Bundestagsabgeordnete.

## Gegenleistung ist nicht das Ziel

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) weist auf Anfrage darauf hin, dass Langzeitarbeitslose schon jetzt dazu verpflichtet werden könnten, an „Maßnahmen der Aktivierung und Eingliederung“ teilzunehmen. „Es ist aber nicht Ziel dieser Maßnahmen, für die erhaltenen Leistungen eine Gegenleistung zu erbringen oder sich gesellschaftlich einzubringen“, sagt ein Ministeriumssprecher. Ziel dieser Maßnahmen sei es vielmehr, „die individuelle Chance auf eine Eingliederung in den regulären Arbeitsmarkt zu verbessern“. Für Eingewanderte mit schlechter Schulbildung und geringen Sprachkenntnissen wären aus Sicht des BMAS Sprachkurse und Bildungsmaßnahmen zielführender.

Das Ministerium verweist exemplarisch auf das Instrument der Arbeitsgelegenheit, die sogenannten Ein-Euro-Jobs. Dabei handelt es sich um sozialversicherungsfreie Tätigkeiten, die im öffentlichen Interesse liegen und reguläre Jobs nicht verdrängen dürfen. Für solche Arbeiten, beispiels-



weise Grünflächenpflege, Müll sammeln oder Hausmeistertätigkeiten, erhalten die Arbeitssuchenden kein Gehalt, sondern eine Entschädigung.

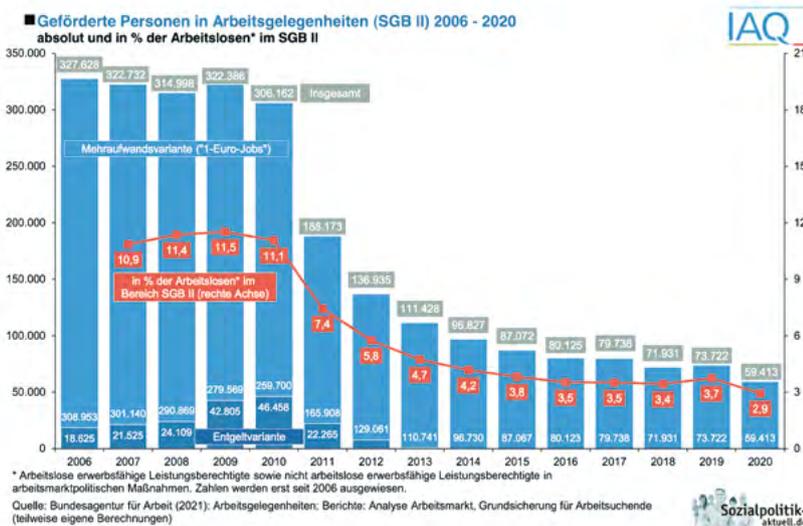
## Immer weniger Ein-Euro-Jobs

Allerdings ist die Zahl der geförderten Personen in Arbeitsgelegenheiten in den vergangenen zehn Jahren stark zurückgegangen. Waren es von 2006 bis 2010 zwischen 300.000 und 330.000 Personen, sank die Zahl bis 2020 auf etwa 59.000. Zwar sank in diesem Zeitraum auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen insgesamt, jedoch nicht im gleichen Verhältnis.

Im ersten Quartal 2021 lag die Zahl der Arbeitsgelegenheiten auf dem Tiefstwert von unter 50.000 Personen. Das wird auch mit den Kontaktbeschränkungen während der Coronapandemie begründet.

Als Hauptgrund nennt die Bundesagentur für Arbeit aber, dass sie stärker auf die „Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse“ setze. Beispielsweise seien über das im Jahr 2015 gestartete Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ bis 2018 fast 35.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gefördert worden. Ein-Euro-Jobs würden nur noch angeboten, wenn

## Sowohl die Zahl der Arbeitsgelegenheiten als auch die Sanktionsquote war in den vergangenen Jahren rückläufig



zuvor alle anderen Fördermöglichkeiten ausgeschöpft worden seien.

### Auch Sanktionen rückläufig

Aber nicht nur die Zahl der Arbeitsgelegenheiten, auch die Zahl der Sanktionen gegenüber Hartz-IV-Empfängern insgesamt war zuletzt stark rückläufig. Wurden im Jahr 2012 noch 1,022 Millionen Sanktionen verhängt, waren es 2019 nur noch 806.800. Damit kam es nur noch bei durchschnittlich 3,1 Prozent der erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfänger zu Leistungskürzungen. 2012 lag die Sanktionsquote noch bei 3,4 Prozent. Mit Abstand die meisten Sanktionen werden verhängt, weil Arbeitslose einen Termin mit dem Jobcenter verpassen. Etwa jede zehnte Kürzung wird ausgesprochen, wenn sich jemand weigert, eine Arbeit oder Maßnahme anzunehmen oder weil diese abgebrochen wird.

Arbeitsmarktexpertin Jana Schimke wünscht sich deshalb, dass der deutsche Staat nach dänischem Vorbild schon jetzt härter durchgreift: „Wir haben zwar auch in Deutschland das nötige Regelwerk, doch es findet durch die Rechtsprechung, Rechtslücken oder oftmals auch multiple Vermittlungshemmnisse wie Krankheit oder Sucht weniger Anwendung.“

Seit den Hartz-IV-Reformen sei „Fordern und Fördern“ das Prinzip der deutschen Arbeitslosenunterstützung. „Doch inzwischen wird mehr über die Abschaffung von Sanktionen bei Langzeitarbeitslosigkeit gesprochen als über ihre konsequente Anwendung.“



**Hubertus Struck**  
Redakteur/CvD  
struck@mit-bund.de

Anzeige

gründen MIT DER IBB

## Für Ideen, die durchstarten

Sie suchen die passende finanzielle Förderung für Ihre Geschäftsidee? Wir haben sie. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Ihr Start-up nachhaltig erfolgreich zu gestalten. Sprechen Sie mit uns!

Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

[ibb.de/gruenden](http://ibb.de/gruenden)

 Investitionsbank  
Berlin

HANS-JOACHIM WATZKE IM INTERVIEW

# „Wir brauchen eine Agenda der Fleißigen“

Hans-Joachim Watzke war Familienunternehmer, dann rettete er Borussia Dortmund vor der Pleite. Im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben spricht der BVB-Geschäftsführer, der seit Jahrzehnten CDU-Mitglied ist, über die neuen Herausforderungen nach Corona, seine Wahlkampfhilfe für Armin Laschet und die Perspektiven für die CDU.

**H**err Watzke, wenn ein langjähriger Serien-Meister plötzlich von einer Mannschaft, die vor kurzem noch weit abgeschlagen war, von der Tabellenspitze abgelöst wird: Was passiert dann mit diesem Club?

**Hans-Joachim Watzke:** Fußball und Politik sind nicht direkt miteinander vergleichbar. In der Nachwahlbetrachtung gibt es häufig viele Sieger. Im Fußball hingegen weiß man anhand des Resultats: Es gibt einen Sieger oder die Teams trennen sich unentschieden. Bei der vergangenen Bundestagswahl war es noch einmal eine differenziertere Situation: Es stand schon lange fest, dass die Trainerin, wenn man die Bundeskanzlerin denn so bezeichnen mag, am Ende der Saison ausscheiden würde. Eine solche Situation wäre auch im Fußball keine leichte, und sie hatte sicher Einfluss auf das Wahlergebnis vom 26. September.

**Aber was macht das mit dem Team?**  
Das kommt darauf an, wie gut der Verein organisiert und strukturiert ist, wie

gefestigt er sich darstellt. In einem guten Verein mit klaren Organisationsprinzipien führt das möglicherweise zu einer Gegenreaktion. Beispielsweise bei Bayern München: 2011 und 2012 sind wir Meister geworden, haben die Bayern abschließend noch im Pokalfinale geschlagen. Das hat dort dann zu einer heftigen Gegenreaktion geführt. (Anm. d. Red.: Bayern München tauschte erst den Sportdirektor, dann den Trainer aus und verstärkte sich personell. Ab 2013 gewann der Verein neunmal hintereinander die Meisterschaft). Wenn aber die Strukturen nicht intakt

**Sie haben Armin Laschet im Wahlkampf unterstützt. Haben Sie auf das falsche Pferd gesetzt?**

Ich bin zwar schon lange CDU-Mitglied, aber das war das erste Mal in den vergangenen 20 Jahren, dass ich als Privatperson einen CDU-Kanzlerkandidaten öffentlich unterstützt habe. Dafür gab es nur einen Grund: die Person Armin Laschet. Als Ministerpräsident hat Armin Laschet sehr viel für uns und den Fußball insgesamt getan. Er ist sehr verlässlich und anständig – Eigenschaften, die in einer manchmal oberflächli-

„In einem Hochsteuerland wie Deutschland inmitten einer Krise die Steuern zu erhöhen, kann nicht wirklich sinnvoll sein.“

sind, dann kann es auch in die komplett andere Richtung gehen. Wir müssen jetzt abwarten, wie sich die Situation rund um die Union entwickelt. Ich bin gespannt.

chen und schnelllebigen Welt für viele vielleicht nicht mehr so wichtig sind, für mich aber schon. Als dann in der Öffentlichkeit nach meiner eigenen Wahrnehmung ein immer größe-

res Zerrbild von ihm entstanden ist, habe ich mich privat für ihn eingesetzt.

### **Hat Sie das Wahlergebnis enttäuscht?**

Mir war schon vorher klar, dass sich die CDU in einer schwierigen Situation befindet. Die CDU hat sich jahrelang vorgemacht, dass diejenigen, die die Partei wegen Angela Merkel gewählt haben, ausschließlich klassische CDU-Wähler sind. Das war aber nicht immer der Fall. Unter ihnen waren auch viele Menschen, die sich teilweise links von der Mitte verorten und dabei das Gefühl hatten, Angela Merkel und die CDU-geführte Koalition stünden ebenfalls für eine Politik der Mitte, vielleicht sogar links von der Mitte. Das hat nichts mit Armin Laschet zu tun, jeder andere potenzielle Nachfolger hätte ebenfalls mit diesem Erbe leben müssen.

### **Was sind aus Ihrer Sicht die Ursachen für das Ergebnis der Union?**

Die Gründe sind sehr vielschichtig und nur schwer in ein, zwei Aussagen zu pressen. Ein Punkt: Aus meiner Sicht ist in der Partei während der vergangenen Jahre inhaltlich viel zu we-

nig diskutiert worden. Die CDU ist immer mehr aus dem Debattiermodus herausgekommen. Ich bin in den 70er Jahren zur CDU gekommen, als Helmut Kohl die Partei gerade rund erneuert hatte von einer Honoratioren- hin zu einer Programmpartei. Mein Eindruck: Das ist während der vergangenen Jahre sukzessive zurückgedreht worden. Obendrein fehlte mir die Einheit nach außen. Sicher: Armin Laschet hat einige Fehler gemacht, das weiß er selbst. Dennoch hatte man im Wahlkampf nie das Gefühl, eine geschlossene Mannschaft auf dem Platz zu haben – um im Fußballer-Jargon zu bleiben.

**Sie haben aus dem Sanierungsfall BVB ein erfolgreiches Wirtschaftsunternehmen gemacht. Unter anderem dafür bekommen Sie im November den Deutschen Mittelstandspreis der MIT 2021 verliehen. Welchen Tipp können Sie aus dieser Erfahrung für die aktuelle Lage der CDU geben?**

Das ist schwer zu transformieren. Beim BVB ist klar geregelt, wer in der Öffentlichkeit auftritt und wie die Entscheidungsprozesse ablaufen. Das ist in der Politik mit den vielen Querverstrebungen, Interessen, Karriereplänen und notwendigen Kompromisslinien ganz anders. In der Politik ist es deshalb auch viel schwieriger, Disziplin herzustellen, weil am Ende viele sich selbst am nächsten sind. Das war lange Zeit eher ein Problem der SPD. Jetzt ist es auch ein Problem der CDU. Wenn die CDU nun nicht den Fokus auf ein gemeinsames Projekt lenkt, werden die nächsten Jahre schwieriger, als viele das glauben.



*Hans-Joachim „Aki“ Watzke (62) führt seit 2005 die Geschäfte des Fußball-Bundesligisten Borussia Dortmund (BVB). Der Diplom-Kaufmann arbeitete zunächst in einem Unternehmen für Arbeitsbekleidung. Als 30-Jähriger gründete er selbst ein Unternehmen in dieser Branche, die Watex Schutz-Bekleidungs GmbH mit Sitz im südwestfälischen Marsberg. Für den BVB gab er die Geschäftsführung an seine Frau Annette weiter. Inzwischen arbeitet auch Sohn André als Prokurist im Familienunternehmen mit.*

*Nach seinem Amtsantritt beim BVB bewahrte er den angeschlagenen Fußballverein vor der Insolvenz. Als Geschäftsführer etablierte er den BVB als sportliche und wirtschaftliche Nummer zwei hinter dem FC Bayern München. Unter anderem dafür erhält Hans-Joachim Watzke im November den Deutschen Mittelstandspreis der MIT in der Kategorie Gesellschaft. Watzke trat bereits mit 16 Jahren der CDU bei. Sein Vater Hans Watzke war ebenfalls CDU-Mitglied und gehörte von 1975 bis 1990 dem nordrhein-westfälischen Landtag an.*





BVB-Boss Hans-Joachim Watzke kritisiert die Meinungsmache im gebührenfinanzierten Fernsehen: „Im letzten Jahr ist bei mir einiges an Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Sender verloren gegangen.“

### **Wie kann der CDU das gelingen: mit neuen Personen oder Strukturen?**

Es ist immer einfach, Personalwechsel zu fordern und zu glauben, das allein würde alles ändern. Ich habe mich schon gewundert: Da fordern manche altgedienten Spitzenpolitiker, die selbst jahrelang nicht die besten Aushängeschilder der Partei waren, nun eine personelle Erneuerung. Die CDU muss erst einmal wieder lernen, miteinander zu diskutieren, und zwar auf eine konstruktive Art und Weise. Trotzdem muss die CDU versuchen, jüngere Leute mit einzubeziehen. Die Generation um Carsten Linnemann und Jens Spahn muss jetzt in einem Mix aus jungen und erfahrenen Politikern mehr Verantwortung übernehmen.

Wichtig ist, dass wir uns als Partei neu erfinden, nämlich als eine Partei, die wieder miteinander ringt um die besten Rezepte in der Politik. Das ist mir im letzten Jahr stark verlorengegangen.

### **Sehen Sie eine Chance, dass die CDU wieder zu alter Stärke findet?**

Natürlich. Es führt aber kein Weg an einer sachlichen Bestandsaufnahme vorbei. Jens Spahn beklagt – um nur ein Beispiel zu nennen – völlig zurecht, dass die Auswirkungen der Flüchtlingspolitik 2015 bis heute nicht vernünftig aufgearbeitet wurden. Dazu kommt das Thema Energie,

**„Wenn die CDU nun nicht den Fokus auf ein gemeinsames Projekt lenkt, werden die nächsten Jahre schwieriger, als viele das glauben.“**

der notwendige ökologische Umbau. Wir müssen weniger über Personen und mehr in der Sache streiten.

Um zu Ihrer Frage zurückzukommen: Wenn es darum geht, wie schnell und auf welchem Weg die CDU wieder zu alter Stärke zurückfinden kann, macht es am Ende selbstverständlich auch einen Unterschied, ob die Partei in einer Jamaika-Regierung an der eigenen Regierungsarbeit gemessen wird oder sich in der Opposition wiederfindet.

### **Die Pandemie hat auch den Sport schwer getroffen. Wie schwer war es für Ihren Verein?**

Die Lage war dramatisch. Wir sind ohne einen einzigen Euro Finanzschulden in die Corona-Krise gegangen. Das erste Corona-Halbjahr hat uns knapp 43 Millionen Euro Verlust beschert, das zweite Halbjahr etwa 72 Millionen Euro. Zuvor hatten wir 15 Jahre lang schwarze Zahlen geschrieben. Corona war eine heftige Zäsur. Jetzt müssen wir Aufbauarbeit leisten. Umso wichtiger ist es, dass wir sukzessive zu einer wie auch immer gearteten Normalität zurückkehren.

### **Wie fanden Sie das Corona-Management der Politik – als Unternehmer und als Bürger?**

Mein Gefühl war, dass die Ministerpräsidenten etwas progressiver agiert haben als die Bundesregierung, wobei ich Jens Spahn von dieser Einschätzung ausnehmen möchte. Ich glaube, dass speziell das Bundeskanzleramt lange Zeit sehr defensiv war. Die Ministerpräsidenten haben etwas mehr auf die Situation der Bürger und Unternehmen in ihrem Land geschaut, so mein Eindruck. Und in Gänze hat sich der Föderalismus – bei aller öffentlichen Kritik – eigentlich bewährt. Denn insgesamt sind wir wirtschaftlich als Nation doch ganz gut durch diese Krise gekommen. Das Einzige, was uns nicht gelungen ist: die Gesellschaft zu einen. Eine Entwicklung, die sich ehrlich gesagt schon seit 2015 abgezeichnet hat, hat sich durch die Pandemie weiter verstärkt. Wir schaffen es aktuell nicht, eine Art Corporate Identity für die Breite der Gesellschaft zu entwickeln. Ein gemeinsames Ziel, dem sich das Gros empathisch verschreibt. 20 bis 30 Prozent der Leute grenzen sich selbst aus. Auf mich macht diese Gesellschaft momentan einen sehr instabilen und zerrissenen Eindruck.

### **Sie haben einen mittelständischen Betrieb für Schutzbekleidung gegründet und sind dort noch heute**

**Gesellschafter. Was müsste die neue Bundesregierung aus unternehmerischer Sicht als Erstes angehen?**

Ich persönlich hätte mir Jamaika gewünscht. Denn es wäre ein spannendes Projekt, ökonomischen Sachverstand mit ökologischer Expertise zu verbinden. Aber unabhängig davon, ob es eine Ampel oder Jamaika wird: Meine Hoffnung ist, dass die FDP wirtschaftspolitischen Sachverstand einbringen und verhindern wird, dass auf diesem Sektor Entscheidungen getroffen werden, die uns allen schaden. In einem Hochsteuerland wie Deutschland inmitten einer Krise, in der Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen und es vielen Unternehmen nicht gut geht, die Steuern zu erhöhen, kann nicht wirklich sinnvoll sein. Sebastian Kurz ist in Österreich gerade Teil eines Ermittlungsverfahrens, insofern muss man mit grundsätzlichem Lob vorsichtig umgehen. Was man allerdings wertschätzen sollte: Er hat eine große Steuerreform mit umfassenden Entlastungen auf den Weg gebracht, die den ökologischen Aspekt voll beinhaltet.

Klar ist aus meiner Sicht: Wir benötigen in Deutschland eine Agenda für die Fleißigen. Und die Fleißigen, die gibt es in jeder Berufsgruppe. Es gibt fleißige Unternehmer, faule Unternehmer, es gibt fleißige und weniger fleißige Facharbeiter. Die hart arbeitende Bevölkerung, die Millionen Fleißigen, finanzieren diesen Staat, und die müssen wieder mehr Gehör finden.

**Der Fußball wird immer politischer. Spieler gehen auf die Knie, Stadien sollen in Regenbogen-Farben leuchten. Was halten Sie von dieser Entwicklung?**

Wir bei Borussia Dortmund verstehen uns durchaus als politischer Verein und setzen uns dafür ein, dass sich die Gesellschaft nicht weiter spaltet. Unser Einsatz gegen Rassismus, gegen jede Form von Ausgrenzung und für Toleranz, ist uns extrem wichtig. Es

**„Wir schaffen es aktuell nicht, eine Art Corporate Identity für die Breite der Gesellschaft zu entwickeln.“**

geht uns um Werte, die jeder ernstzunehmende Mensch unterstützt. Diese Themen bilden wir beim BVB inhaltlich ab, wir bilden sie personell ab und wir bilden sie längst auch wirtschaftlich ab.

**Gehen Sie im Verein auch dazu über, gendergerecht zu sprechen? Sprechen Sie zum Beispiel von „Zuschauer\*innen“?**

Ich halte überhaupt nichts von einem Genderzwang. Jeder kann für sich entscheiden, ob er gendern mag oder nicht. Und wie weit er dabei gehen möchte. Ich persönlich sage, um nur ein Beispiel zu nennen, gern „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, das ist völlig normal, das machen wir auch beim BVB. Aber ich muss nicht jeden Satz bis zur Unkenntlichkeit mit Genderbegriffen auffüllen. Ich habe das Gefühl, dass manch eine Forderung in ihrer Intensität – gemessen an den gewaltigen Problemen dieser Gesellschaft – ausgesprochen viel Raum einnimmt.

**Sie treibt das Thema Spaltung der Gesellschaft um. Wie bewerten Sie vor dem Hintergrund die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks?**

Kritisch. Es ist auf dem öffentlich-rechtlichen Sektor, der der Neutralität und unser aller Information verpflichtet ist, aus meiner Sicht selten so viel Meinung gemacht worden wie in den vergangenen 16 Monaten. Ich habe das im Fußball selbst erlebt. Als wir die Geisterspiele ohne Zuschauer durch-

geführt haben, vermittelten gerade die Öffentlich-Rechtlichen den Eindruck, dass das gesamte Gesundheitssystem zu entgleisen droht. ARD und ZDF haben gefühlt in jeder zweiten Talkshow Stimmung gegen den Fußball gemacht, gleichzeitig aber durchweg positiv über jene Sportarten berichtet, an denen sie die Live-Übertragungsrechte hielten: Skispringen, Biathlon, Ski Alpin... Da war das alles im Regelfall kein Thema. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach hat sich im Nachhinein für seine falschen Annahmen bezüglich des Fußballs entschuldigt, was ich ihm hoch anrechne. Von ARD und ZDF habe ich Ähnliches nie gehört. Auch im Wahlkampf hatte ich das Gefühl, dass mitunter sehr einseitig Partei genommen wurde. In Gänze ist bei mir im letzten Jahr einiges an Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Sender verloren gegangen.

**Ihr Vater war CDU-Landtagsabgeordneter, Sie selbst waren in JU und CDU aktiv. Könnten Sie sich vorstellen, auch Politiker zu werden?**

Nein, definitiv nicht. Ich habe höchsten Respekt vor jedem, der das macht. Aber für mich kommt das überhaupt nicht infrage. Dafür bin ich viel zu gerne unternehmerisch tätig. Wenn ich hier morgens eine Idee habe, dann kann ich sie morgen umsetzen. Die langen politischen Gespräche und Prozesse samt notwendiger Kompromisse würden mich zermürben.

**Warum sind Sie nicht auf Social Media aktiv?**

Das hat einen einfachen Grund: Social Media würde mir Lebensqualität rauben. Mir wird dort in den oft anonymen Kommentaren zu viel Müll abgeladen. Damit käme ich nicht klar.

**Bitte vervollständigen Sie folgenden Satz: Wenn ich zum neuen CDU-Vorsitzenden gewählt würde...**

... würde sich meine Frau wohl scheiden lassen. ●

KOALITIONSVERHANDLUNGEN

# Wie entsteht eine Regierung?

Bei der Bundestagswahl lagen Union und SPD nah beieinander. Wer Nachfolger von Angela Merkel im Kanzleramt wird, schien lange offen. Doch jetzt stehen die Zeichen auf Ampel. Jamaika, Deutschland-Koalition oder Rot-Schwarz bleiben theoretische Optionen. Wie laufen Koalitionsverhandlungen ab?

## Vorsondierungen

Nach der Wahl müssen sich die Parteien zunächst sortieren. Die einen unterstreichen ihren Wahlsieg, die anderen ergründen ihr negatives Abschneiden und ziehen personelle Konsequenzen. In der Regel ergreift die Partei mit den meisten Stimmen die Initiative für erste Gespräche – schließlich erhebt sie den Anspruch auf die Macht. In den Vorsondierungen loten sie meist informell aus, ob eine Koalition grundsätzlich vorstellbar ist. Solche Vorsondierungen dienen dem persönlichen Abtasten der Parteispitzen, aber auch dem Abklopfen von Kompromissfähigkeiten. Allein dieser Vorgang kann dauern. Nach der Bundestagswahl im September 2017 vergingen etwa vier Wochen, ehe die Parteispitzen von CDU/CSU, FDP und Grünen in konkrete Sondierungsgespräche eintraten.

Vorsondierungen haben in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen, da Koalitionen seltener unter ähnlichen Partnern (SPD und Grüne, Union und FDP), sondern meist unter gegensätzlichen Partnern (wie Grüne und FDP) möglich werden. Der Aufbau gegenseitigen Vertrauens wird immer wichtiger.

## Sondierungsgespräche

In den formelleren Sondierungsgesprächen legen die Parteiführungen dann die wichtigsten Themen auf den Tisch. Sie klären, ob es eine inhaltliche Basis für Verhandlungen gibt. Jetzt wird über konkrete Inhalte gesprochen, vorzugsweise direkt über die „großen Pflöcke“, die es einzuschlagen gilt – beispielsweise über Steuerentlastungen oder die Schuldenbremse. Dieses Vorgehen ist sinnvoll, da die große gemeinsame Linie in weite Ferne rückt, wenn eine Einigung schon bei den prominenten Themen scheitert.

Die Parteien bilden dafür eigene Sondierungsteams. Meist handelt es sich um die engeren Parteivorstände. Verlaufen die Sondierungsgespräche

positiv, empfehlen die Teams ihren jeweiligen Parteien, mit den anderen Koalitionsverhandlungen zu beginnen. Bei der CDU und CSU entscheiden das üblicherweise die Parteivorstände, bei anderen Parteien entschieden in der Vergangenheit teils Parteitage darüber.

## Koalitionsverhandlungen

Nehmen die Parteien Verhandlungen auf, werden sachbezogene Arbeitsgruppen gebildet. Ihre Zusammensetzung wird von den jeweiligen Parteiführungen bestimmt. Sie entsenden Fachleute aus Fraktion und Partei, manchmal aber auch fachfremde Politiker, die über Erfahrung und besonderes Verhandlungsgeschick verfügen. Zunehmend will auch die Länderebene mitreden, da sie über den Bundesrat mitregiert. Entsprechend angestiegen ist die Zahl der Beteiligten: Verhandelten 2009 noch rund 140 Politiker, waren es 2013 schon 260 und nach der Bundestagswahl 2017 sogar 350.

Die Fachgruppen treffen sich zunächst parteiintern zu Vorgesprächen, um die Verhandlungslinie abzustecken. Danach geht es in die Verhandlungen mit den Fachgruppen der anderen Parteien.

Seit 2013 finden die Verhandlungen mehrstufig statt. Eine kleine Koalitionsrunde verhandelt und trifft wesentliche Vorentscheidungen. Sie stimmt sich dabei mit den fachpolitischen Arbeitsgruppen ab. In einer Hauptverhandlungsrunde werden dann die verbliebenen strittigen Themen geklärt. Gelingt auch dort keine Einigung, werden die Parteivorsitzenden versuchen, einen Kompromiss herzustellen. Dann fließt alles zusammen in einen Koalitionsvertrag.

## Koalitionsvertrag

Dieser muss dann von den Parteien bestätigt werden. 2018 stimmte bei der CDU ein Sonderparteitag über den Koalitionsvertrag ab. In der CSU stimmten der Vorstand, die Landesgruppe im Bundestag und die Land-

tagsfraktion in Bayern dem Vertrag zu. Die SPD ließ die Basis per Mitgliederentscheid abstimmen, nachdem zuvor bereits zwei Parteitage grünes Licht für die Aufnahme erst von Sondierungsgesprächen und dann zu Koalitionsverhandlungen gegeben hatten. In einem förmlichen Akt wird der Koalitionsvertrag dann von den Parteivorsitzenden unterzeichnet.

## Regierungsbildung

Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und den Ministern. Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag gewählt. Der Bundeskanzler wählt die Minister aus. Diese werden vom Bundespräsidenten ernannt.

Die Bildung einer neuen Bundesregierung ist nicht an eine Frist gebunden. Das Grundgesetz schreibt lediglich vor, dass der neue Bundestag spätestens 30 Tage nach der Wahl zu einer ersten Sitzung zusammenkommen muss. Erst dann endet die Legislaturperiode des vorherigen Bundestages. Nach der Bundestagswahl im September 2017 dauerte es fast sechs Monate, bis sich die Regierung bildete.

Schaffen es die Parteien nicht, eine Regierung zu bilden, könnte die größte Fraktion eine Minderheitsregierung bilden. Sie sucht sich dann je nach Thema eine neue Mehrheit der Stimmen. Das Grundgesetz bietet zudem die Möglichkeit von Neuwahlen, beispielsweise wenn die Wahl eines neuen Kanzlers dreimal keine Mehrheit findet (in der zweiten Wahlphase können beliebig viele Wahlgänge stattfinden). Bis zur Wahl eines neuen Bundeskanzlers bleibt die vorherige Regierung geschäftsführend im Amt. Ihr Handlungsspielraum ist jedoch begrenzt. Eine Zeitspanne ohne Regierung ist demnach nicht möglich. ●



**Hubertus Struck**  
Redakteur/CvD  
struck@mit-bund.de

PRO &amp; CONTRA

# Sollten die Mitglieder über den nächsten CDU-Vorsitzenden entscheiden?

*In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.*

*Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.*



## Johannes Steiniger (34)

ist CDU-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Neustadt-Speyer in Rheinland-Pfalz. Er ist ausgebildeter Gymnasiallehrer für Mathematik und Gemeinschaftskunde.

## Die Zeit der Basis ist gekommen

Ich bin ein großer Verfechter des repräsentativen Systems. Viele politische Streitfragen lassen sich nicht auf eine „Ja-oder-Nein-Antwort“ vereinfachen. Deshalb halte ich auch von bundesweiten Volksentscheiden nichts und bin bei vielen Formen direktdemokratischer Verfahren eher skeptisch. Trotzdem bin ich dafür, den nächsten Vorsitzenden der CDU durch eine Mitgliederbefragung zu bestimmen.

Die CDU ist in einer existenzbedrohenden Situation. Die Union hat eine historische Wahlniederlage erlitten. Wir werden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht der nächsten Bundesregierung angehören. Wir müssen uns ehrlich machen: Opposition gegen eine Ampel wird eine Riesen-Herausforderung – das weiß ich aus den Erfahrungen in Rheinland-Pfalz. Dies gilt es zu akzeptieren und die neue Rolle schnell anzunehmen. Wir müssen deshalb die Voraussetzungen schaffen, überhaupt wieder ein attraktives Angebot bei den nächsten Wahlen machen zu können. Dazu gehören kreativere Parteiarbeit, strukturelle Reformen, aber auch eine personelle Neuaufstellung. Dafür hat die Union nicht mehr viele Schüsse frei, will sie nicht den Weg anderer christdemokratischen Parteien in Europa gehen.



PRO

In einer solchen Situation braucht es eine neue Mobilisierung, einen neuen Aufbruch und wieder Spaß an der Parteiarbeit vor Ort. Genau deshalb braucht es einen Mitgliederentscheid über den nächsten Parteivorsitzenden. In den vergangenen Jahren hatten unsere Mitglieder das Gefühl, dass die Delegierten des Bundesparteitags personelle Entscheidungen oft gegen die Mehrheit der Basis treffen. Offenkundig wurde diese Unzufriedenheit in einer völligen Demobilisierung unserer Mitglieder und Anhängerschaft während des Wahlkampfes. Gerade in der Opposition werden wir aber eine große Mobilisierung für unsere Themen brauchen. Dies wird nur dann gelingen, wenn sich die breite Mehrheit unserer Mitglieder hinter einem neuen Vorsitzenden versammeln kann.

Der nächste Parteivorsitz sollte deshalb durch eine Basisbefragung entschieden werden. Die besten Regionalkonferenzen und Vorstellungsrunden helfen am Ende nichts, wenn nur nach Mehrheiten in Landesverbänden entschieden wird. Die Entscheidung über die Zukunft unserer Partei gehört in die Hände derjenigen, die uns so stark machen: unsere Mitglieder. Deshalb sollten wir die Mitglieder jetzt von Wahlhelfern zu Wahlleitern machen. Die Zeit der Basis ist jetzt gekommen. ●

Das Parteienrecht lässt eine Urwahl des Parteivorsitzenden nicht zu. Die Wahl muss auf einem Parteitag erfolgen. Es ist aber möglich, wenngleich rechtlich unverbindlich, die Mitglieder über die Kandidaten zu befragen. Auch das CDU-Statut lässt das zu. Wäre das in der jetzigen Situation geboten?

## Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter [www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage](http://www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage) können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter [www.mit-bund.de/newsletter](http://www.mit-bund.de/newsletter) kostenlos abonnieren.

## Bitte keine neue Zerreißprobe

Mitgliederbeteiligung ist eines unserer größten Probleme. Überall in Deutschland treten kluge Menschen ein, die sich aktiv beteiligen wollen. Wie können wir hier wirklich ein funktionierendes Angebot machen? Darauf müssen wir uns konzentrieren und neue Wege gehen. Elektronische Formate, gemeinsame digitale Arbeitsgruppen auch zu detaillierten Themen, Online-Abstimmungstools: Das sind nur ein paar Module für ernsthafte Beteiligung.

Stattdessen wird die Diskussion in diesen Tagen sehr stark auf eine einzelne, quantitative Beteiligung reduziert: Die Wahl eines beziehungsweise einer Parteivorsitzenden. Dabei glaube ich, dass vielmehr Formate notwendig sind, die zusammenführen statt zu trennen. Wir hatten nun zwei Parteitage mit jeweils knappen Entscheidungen. Es ist am Ende nicht gelungen, dass eine breite Legitimation bei diesen knappen Ergebnissen für ein geschlossenes Bild gesorgt hat.

Wenn wir nun die gleiche Auseinandersetzung zum dritten Mal führen, wird das Ergebnis erwartbar ähnlich sein: Es gibt Gewinner und Verlierer. Und die Gefahr ist real, dass Unterlegene nur auf den ersten Augenblick der Schwäche warten, um einen neuen An-

lauf zu starten. So werden wir nicht geschlossen und zu einer Kampfgemeinschaft. Genau die müssen wir aber werden.

Schauen wir einmal zur SPD: Dort hat die Mitgliederbefragung ein kurioses Team an die Spitze gebracht. Mit diesen Kandidaten wäre die Wahl niemals gewonnen worden. Stattdessen führte das unbeliebte Hinterzimmer zum Erfolg: Intransparent wurde ausgemaschelt, dass der Unterlegene aus der Befragung es machen soll.

Die Legitimation ergab sich dadurch, dass niemand der führenden Leute dies dann infrage gestellt hat.

Wir brauchen keine neuen Zerreißproben, sondern endlich ein Team: Die bekannten Namen sollen sich endlich zusammenraufen. Und zwar richtig und nachhaltig. Wenn es nicht gelingt, dann muss die nächste Generation ran. Genügend Talente haben wir in der Union.

Und noch ein Vergleich: Der radikale Bruch und Generationenwechsel hat bei der FDP den Erfolg gebracht. Dort sind alle „Alten“ gemeinsam abgetreten. Das könnte auch für uns ein Rollenmodell sein. ●

CONTRA



### Thomas Jarzombek (48)

ist CDU-Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Düsseldorf I. Zuvor war er IT-Unternehmer. Jarzombek ist Vorsitzender der MIT-Digitalkommission und Kreisvorsitzender der CDU Düsseldorf.

## EU-Check

**Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.**

### *Impfstoffmanagement trägt Früchte*

Mehr als 70 Prozent der Erwachsenen in der EU sind vollständig geimpft. Dabei war die EU der einzige Staatenverbund, der gleichzeitig die Hälfte seiner Impfstoffproduktion mit dem Rest der Welt geteilt und währenddessen durch ein koordiniertes Impfstoffmanagement maßgeblich zu einer Immunisierung seiner Bürger beigetragen hat. Durch das SURE-Programm und NextGenerationEU investiert Europa zusätzlich in kurzfristige Erholung und langfristigen Wohlstand. Dank dem abgestimmten Vorgehen und den wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen konnte die EU damit ausschlaggebend zur Erholung der wirtschaftlichen Aktivitäten in den Mitgliedstaaten beigetragen.

### *Neue Leitlinien gefährden Arbeitsplätze*

Die Europäische Kommission will die EU-Leitlinien für Klima-, Energie- und Umweltbeihilfen überarbeiten. Ziel ist es, den Geltungsbereich auf neue Bereiche zu auszuweiten und mit EU-Vorschriften abzustimmen. Diagonal entgegen steht dem aber die geplante Kürzung der derzeit auf der „Beihilfebegünstigten-Liste“ befindlichen Sektoren um rund 75 Prozent. Gerade für den handels- und stromintensiven Mittelstand ist das ein Paukenschlag. Wer dem Mittelstand die Wettbewerbsfähigkeit durch die Kürzung von dringend notwendigen Umwelt- und Energiebeihilfen entzieht, gefährdet damit Unternehmen, Arbeitsplätze und die Erreichung der Klimaziele.

### **Die Jury**

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



**PKM**Europe  
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

## Bundesmittelstandstag

### Mitglieder können Anträge stellen

Erstmals kann jedes MIT-Mitglied Anträge zum Bundesmittelstandstag stellen. Dazu muss sich das Mitglied (MIT und MU) unter [www.cduplus.cdu.de/mit\\_antragstool/4](http://www.cduplus.cdu.de/mit_antragstool/4) mit seiner Mitgliedsnummer einloggen. Jedes Mitglied kann die dort eingestellten Anträge lesen und Unterstützung signalisieren. Nur der Antragsteller und die Geschäftsstelle erfahren, wer den Antrag unterstützt. Sobald zehn Prozent der Mitglieder (entspricht derzeit etwa 2.450 Mitgliedern) einem Antrag zustimmen, muss der Bundesmittelstandstag ihn behandeln. Antragschluss ist der 12. November. Der nächste Bundesmittelstandstag findet am 10. und 11. Dezember in Dresden unter dem Motto „#neustart“ statt.



## Personalie

### Sven Schulze ist Wirtschaftsminister



MIT-Bundesvorstandsmitglied Sven Schulze (42) ist in Sachsen-Anhalt zum neuen Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten ernannt worden. Er gab damit sein Mandat im Europaparlament ab, dem er seit 2014 angehörte. Seit 2016 war Schulze Generalsekretär der CDU Sachsen-Anhalt, bevor er im März zum Landesvorsitzenden gewählt wurde. Seit 2019 ist Schulze zudem Vorsitzender des Bundesfachausschusses Europa der CDU Deutschlands. Nach der Landtagswahl im September bildete sich eine Koalition aus CDU, SPD und FDP unter Führung von Ministerpräsident Reiner Haseloff.



## Zeit für eine geldpolitische Wende

MIT-Chef Carsten Linnemann hat die Europäische Zentralbank (EZB) angesichts ihrer Nullzinspolitik aufgefordert, eine geldpolitische Wende einzuleiten. Politik und EZB müssten sich auf ihre eigentliche Aufgabe besinnen: „Die Politik setzt die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft, die Zentralbanken stabilisieren den Geldwert“, so Linnemann. Im Falle einer weiter steigenden Inflation „brauchen wir eine EZB, die entschlossen und ohne falsche Rücksicht auf die Politik antwortet.“

Nullzinspolitik

## Epidemische Lage muss auslaufen

Der MIT-Vorsitzende Carsten Linnemann hat sich für ein schnelles Auslaufen der epidemischen Lage ausgesprochen. Der Großteil der Bevölkerung sei voll geimpft. „Jetzt müssen wir Schritt für Schritt zur Normalität zurück“, sagte er. Sonderbefugnisse für die Regierung seien nicht mehr gerechtfertigt. Auch MIT-Vorstandsmitglied Christoph Ploß fordert, „jetzt, spätestens Richtung Herbst, in den Normalzustand“ zu kommen. Ein Alarmismus, der jede Woche gesteigert werde, sei fehl am Platz.

Pandemie



Personalie

## Christian von Stetten bleibt PKM-Chef

Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Christian Freiherr von Stetten (51) als Vorsitzenden wiedergewählt. Von Stetten ist CDU-Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Schwäbisch Hall/Hohenlohe und qua Amt Mitglied des MIT-Präsidiums. „Wir wollen diese Legislaturperiode nutzen, um dem Mittelstand weiterhin eine starke Stimme in Berlin zu geben“, sagte von Stetten. „Bürokratieabbau, Steuervereinfachungen, die Verhinderung weiterer Belastungen für die Wirtschaft, ein technologieoffener, markt- sowie globalorientierter Klimaschutz und bessere Rahmenbedingungen für den Mittelstand insgesamt stehen bei uns weiterhin auf der Tagesordnung.“ Im PKM schließen sich Abgeordnete der CDU und CSU zusammen, um sich für mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen und für eine ordnungspolitische Ausrichtung der Sozialen Marktwirtschaft zu engagieren. Der PKM ist die größte soziologische Gruppe innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

# Klausurtagung des MIT-Bundesvorstands

Erstmals seit dem Ausbruch der Corona-Krise im Frühjahr 2020 kam im September dieses Jahres der MIT-Bundesvorstand in Präsenz zusammen. In Nauen (Brandenburg) beschäftigten sich die Vorstandsmitglieder vor allem mit der anstehenden Bundestagswahl und der Frage, wie der Aufbruch in ein Modernisierungsjahrzehnt gelingen kann.

Christian Miele, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Startups, warb in seinem Vortrag dafür, die Politik stärker nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen auszurichten. Er wünscht sich eine „Mentalität des Machens“, die sich stärker Gründern zuwende: „Verbote interessieren niemanden, es müssen gute Produkte mit einem Mehrwert exportiert werden“, sagte Miele.

Für einen stärker marktwirtschaftlich ausgerichteten Klimaschutz warb Henning Aretz, Co-Vorsitzender der MIT-Energiekommission. Der weltweite Ausbau des CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels sei der richtige umweltpolitische Weg, weil er Klimaschutz mit Wohlstandssicherung verbinde, so Aretz.

Darüber hinaus setzte der Vorstand eine Projektkommission ein, die explizit Lehren aus der Corona-Krise entwickeln soll. Ergebnisse werden noch vor dem Bundesmittelstandstag Anfang Dezember vorgestellt. Dort wird auch eine neue Mitglieder-App vorgestellt. Diese soll die Mitglieder besser vernetzen und Einladungen, Anträge und andere Informationen zu digitalisieren.





4



5



6



7



8



9

1. Christian Miele, Vorsitzender Verband Deutscher Startups
2. Beisitzerin Sabine Kleinke
3. Bastian Atzger, neuer MIT-Landesvorsitzender Baden-Württemberg
4. Präsidiumsmitglied Peter Erl
5. MIT-Vize Dorin Müthel-Brenncke
6. MIT-Chef Carsten Linnemann, Beisitzer Finn Hänsel
7. Vorstandsmitglieder Hans-Peter Pohl, Hartmut Schauerte, Ehrenvorsitzender Peter Rauen
- 8./9. MIT-Teambuilding beim Fußball und Kanufahren

# Beschlüsse der Vorstandsklausur

## Bürokratieabbau muss Priorität haben

Der MIT-Bundesvorstand fordert konkrete Schritte zum Bürokratieabbau für die ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung. Gründer sollen in den ersten zwei Jahren nach der Betriebsgründung von zahlreichen gesetzlichen Auflagen befreit werden. Die Bürokratiebremse „One in, one out“, nach der für jede neue bürokratische Auflage eine bisherige gestrichen werden muss, muss zu einem „One in, two out“ verschärft werden: Pro neuem Gesetz müssen zwei alte abgeschafft werden müssen. Diese Regelung soll sich künftig auch auf die Umsetzung von EU-Gesetzen beziehen, die zusätzliche Bürokratie bedeuten.

Im Arbeitsrecht sollten die inzwischen etablierten Homeoffice-Modelle erleichtert werden, indem nicht mehr eine tägliche Höchstarbeitszeit vorgeschrieben wird, sondern nur noch eine wöchentliche. Auch sollte der Arbeitnehmer auf eigenen Wunsch die Ruhezeiten in der Heimarbeit unterbrechen dürfen, zum Beispiel, um abends noch eine E-Mail beantworten zu dürfen.

Außerdem fordert die MIT, Dokumentationspflichten in Zusammenhang mit dem Mindestlohn zu lockern, zum Beispiel bei Minijobs, deren Arbeitszeiten vertraglich geregelt sind. Auch sollten Praktika in den ersten drei Monaten generell mindestlohnfrei sein.

## Verschärfung des Streikrechts

Angesichts der unverhältnismäßigen Bahnstreiks hat sich der MIT-Bundesvorstand für eine Verschärfung des Streikrechts ausgesprochen. In Bereichen wie dem Bahn- und Luftverkehr, der Pflege und der medizinischen Versorgung sollten andere Regeln gelten, um zu verhindern, dass „unbeteiligte Dritte übermäßig belastet werden“, heißt es im Vorstandsbeschluss. Die MIT fordert eine Ankündigungspflicht von mindestens vier Tagen vor Arbeitskämpfen, klare Regelungen zur Aufrechterhaltung einer Grundversorgung sowie ein verpflichtendes Schlichtungsverfahren vor dem Scheitern von Tarifverhandlungen. Außerdem sollen Streiks nur dann zulässig sein, wenn bei einer Urabstimmung mindestens 50 Prozent der Belegschaft dafür stimmen.

## Verlässliche Daten zur Pandemie

Die MIT fordert die Bundes- und die Landesregierungen auf, umgehend alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass tagesaktuell vollständig verlässliche Daten über die Impfungen gegen das Corona-Virus ermittelt werden. Ebenso braucht es empirisch valide Erkenntnisse über die Zahl der durch Tests nicht erfassten Infektionen und Heilungen. Die Regierungen müssen darüber hinaus umgehend neue Indikatoren für die Einschätzung des Verlaufes der Pandemie festlegen, die klar an der tatsächlichen Gefährdung von Gesundheit und Leben von infizierten Personen ausgerichtet sind. Anhand dieser Daten muss schnell entschieden werden, ob die pandemische Lage von nationaler Tragweite im Dezember als beendet betrachtet werden kann.

**Bauschutt  
verwerten,  
Mobilität  
verbessern**



## Digitalministerium soll Behörden modernisieren

Die MIT begrüßt, dass im Regierungsprogramm von CDU und CSU Pläne für ein Digitalministerium stehen. Dieses muss aus Sicht der MIT alle Digitalinitiativen des Bundes effektiv und integriert koordinieren – ohne dass die anderen Ressorts ihre Digitalisierungsbemühungen einstellen. Ein signifikanter Teil der Mitarbeiter sollte aus Verwaltungsprofis bestehen. Ein zusätzlicher Teil soll aber von außen kommen, um eine neue Perspektive und Arbeitskultur einzubringen. Das Digitalministerium soll zudem eine „Shared-Service“-Zentrale für Verwaltungsdienstleistungen sein: Auch andere Behörden müssen diese Dienstleistungen nutzen können. Über einen Prüfauftrag soll das Ministerium die digitale Zusammenarbeit Digitalisierung zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund verbessern. Zudem soll das Digitalministerium das Online-Zugangsgesetz umsetzen, eine einheitliche IT-Infrastruktur implementieren und die internationale Vernetzung etablieren.

Der Umgang mit Bauschutt und dessen Entsorgung verursacht immer längere Transportwege und führt zur Überfrachtung der knappen Deponieflächen bei fehlender Transparenz. Im Sinne der Ressourcenschonung fordert der MIT-Vorstand deshalb, dessen Rückbau und regionale Verwertung konsequent voranzutreiben.

In einem weiteren Beschluss fordert die MIT bessere Mobilitätskonzepte. Unter anderem sollen Mikrodepots in Form einer kleinen Umschlagfläche als Immobilie mit elektrischer Ladeinfrastruktur eingerichtet werden. Die Logistikbranche soll gestärkt, Park-and-Ride-Stellplätze und Mobilitätsstationen ausgebaut sowie alternative Antriebe technologieoffen und -neutral gefördert werden.

# „Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... der Mittelstand und das Unternehmertum das Rückgrat der deutschen Wirtschaft sind.“



**Ann-Sophie Bauwens-Adenauer**

Unternehmerin, MIT Köln

... die Mittelstandsinteressen nicht ausreichend in der Politik berücksichtigt werden und ich der MIT innerhalb der CDU zu mehr Gewicht verhelfen möchte.“



**Walter Schwass**

Unternehmer,  
MIT Heilbronn

... der Mittelstand das Fundament der deutschen Gesellschaft ist.“



**Lena Tasto**

Geschäftsführerin,  
MIT Diepholz

## Neumitglieder

Ann-Sophie Bauwens-Adenauer (31) ist im Finanzbereich sowie im Beteiligungsmanagement der Bauwens-Unternehmensgruppe mit Sitz in Köln tätig. Neben dem Kerngeschäft rund um die Immobilie begleitet sie Investitionen in junge und innovative Unternehmen im und außerhalb des Immobiliensektors. Zuvor war sie als Projektentwicklerin bei Bauwens in Berlin sowie im Investmentbanking in München tätig. Ihr Bachelor- und Masterstudium in Betriebswirtschaftslehre absolvierte sie in München, Mailand und London. Zurück in Köln ist sie nun Mitglied der CDU und MIT Köln geworden und möchte sich in ihrer Heimatstadt stärker engagieren. Insbesondere die Bereiche Digitalisierung, Bildung und Bauwirtschaft liegen ihr am Herzen.

Walter Schwass (56) war nach seiner Ausbildung zunächst als Führungskraft, später als Geschäftsführer in verschiedenen mittelständischen Unternehmen in der Konsumgüterbranche tätig. Inzwischen ist er als selbstständiger Unternehmer tätig und produziert mit seinem Unternehmen „Rollimoden“ Funktionsbekleidung und Zubehör für Rollstuhlfahrer und vertreibt Schuhe für Menschen mit körperlichen Einschränkungen.

Darüber hinaus ist er Mehrheitsgesellschaftlicher der Helix Automotive GmbH, die unter anderem als Lizenznehmer und Exklusiv-Distributeur im Markt für Autozubehör tätig ist. Schwass ist seit 1982 Mitglied der CDU. Er engagierte sich viele Jahre im Gemeinderat seiner Heimatgemeinde Flein sowie im Kreisvorstand der CDU Heilbronn.

Lena Tasto (30) kommt aus Bassum im Landkreis Diepholz. Nach ihrer Ausbildung zur Bürokauffrau stieg sie vor zehn Jahren in den elterlichen Handwerksbetrieb ein, der im Bereich Elektro/Heizung/Sanitär aktiv ist. Im Jahr 2014 machte sie einen Abschluss zur geprüften Betriebswirtin des Handwerks. Seit 2018 ist sie Geschäftsführerin der Firma Elektroteam Tasto GmbH & Co. KG.

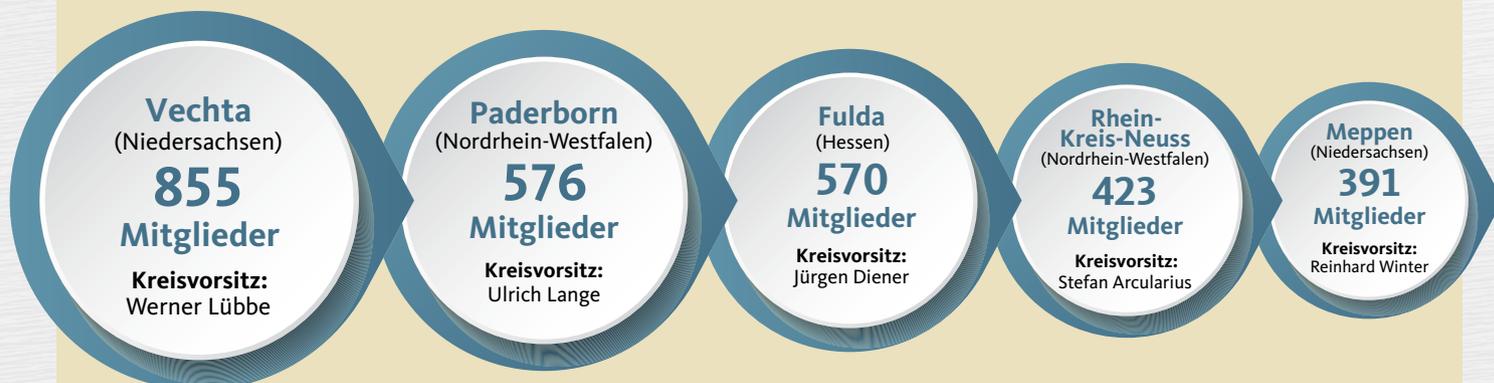
Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen 2016 wurde sie in den Stadtrat der Stadt Bassum gewählt und ist seitdem Mitglied in folgenden Ausschüssen für Soziales und Familie, Wirtschaft und Finanzen, Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Im September 2021 kandidiert sie erneut für den Stadtrat sowie für den Kreistag des Landkreises Diepholz.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: [www.mit-bund.de/mitgliedschaft](http://www.mit-bund.de/mitgliedschaft)

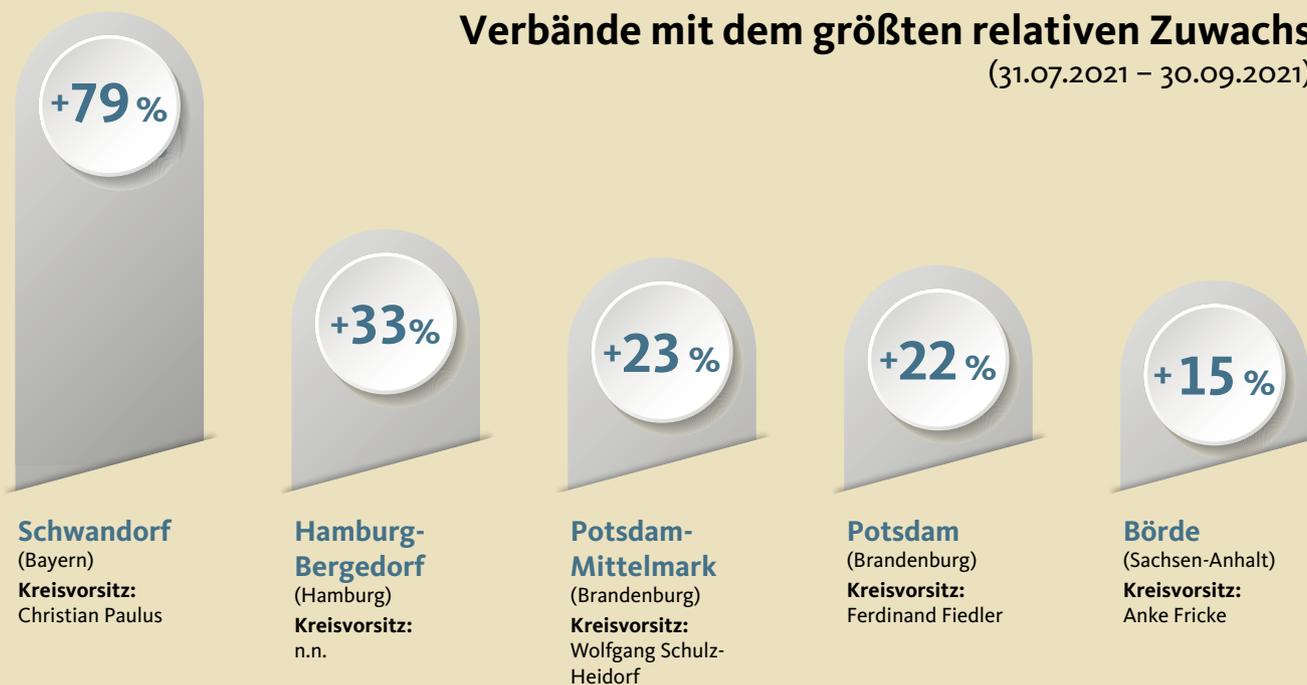


## Mitgliederstatistik

### Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (30.09.2021)



### Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.07.2021 – 30.09.2021)



### Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.07.2021 – 30.09.2021)



**WIR FERTIGEN ARMBÄNDER**

**AUS ALTEN FISCHERNETZEN.**

**DATEV DIGITALISIERT UNSERE**

**KAUFMÄNNISCHEN PROZESSE.**

Bracenet befreit die Weltmeere von Geisternetzen und fertigt daraus nachhaltige Produkte. Dank der digitalen Lösungen von DATEV und der Unterstützung ihrer Steuerberatung halten sie ihr Unternehmen immer auf Kurs.



Madeleine und Benjamin,  
Gründer von BRACENET

**GEMEINSAM-BESSER-MACHEN.DE**



Zukunft gestalten.  
Gemeinsam.